

Internationales.

ring und auf Grund der gesetzlichen Vorschriften aufbringen können. Um daher die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen sicherzustellen, muß ihnen erst recht werden, was sie für Versicherungsfälle aufwenden, die durch Kriegsbeschädigungen verursacht sind.

Der Ertragsanspruch der Krankenkassen ist reichsrechtlich zu regeln. Zu erheben sind: für Krankenpflege drei Viertel des Grundlohnes, der nicht unter dem Christlohn stehen darf, bei Krankenpflege für den Unterhalt außerdem die Hälfte des Grundlohnes oder Christlohnbes, Barleistungen in voller Höhe.

2. Um die Fürsorge für gesundheitsbeschädigte Kriegsteilnehmer wirkungsvoll zu gestalten, ist ergänzende Zusammenarbeit zwischen der Militärverwaltung, den Trägern der Invalidenversicherung und den Krankenkassen erforderlich.

Solange das Rentenfeststellungsverfahren bei anspruchsberechtigten Kriegsteilnehmern noch nicht abgeklafft ist und solange die Beschädigungen noch Heilbehandlungen erfordern, hat die Militärverwaltung die Krankenhilfe selbst zu leisten und zu tragen. Die Träger der Reichsversicherung sollen berechtigt sein, auf ihre Leistungen für diese Zeit die Leistungen der Militärverwaltung anrechnen zu dürfen.

Die Fürsorge für Kriegsteilnehmer, die nach der Entlassung aus dem Wehrdienst als invalide im Sinne des § 1255 R.V.O. gelten oder bei denen ein Heilverfahren nach § 1269 R.V.O. eingeleitet werden kann, übernimmt alsbald der Träger der Invalidenversicherung.

3. Den Krankenkassen werden aus den als Kriegsfolgen anzuprechenden Versicherungsfällen voraussichtlich hohe Aufwendungen erwachsen, auch dann, wenn ihnen ein besonderer Substanzanspruch eingeräumt wird. Sie müssen deshalb schon während des Krieges bemüht sein, ihre Rücklage reichlich aufzufüllen.

Invalidentrente und Militärrente. In der Frage, ob der Anspruch auf Invalidentrente, den die Kriegsteilnehmer aus der Reichsversicherungsordnung haben, neben der Militärrente auf Grund des Mannschäfts-versicherungsgesetzes bestehen bleibt, hat das Reichsversicherungsamt dahin entschieden: Die Bezüge auf Grund des Mannschäftsversicherungsgesetzes vom 31. Mai 1906 und des Militärrentenversicherungsgesetzes vom 17. Mai 1907 lassen den Anspruch auf die Leistungen der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung unberührt.

Die Kartoffelverförgung.

Der Kriegsausschuß für Konjumenteninteressen hat hierüber durch Robert Schmidt-Berlin, Mitglied des Reichstags, einen Aufsatz verfaßt lassen, aus dem wir folgendes wiedergeben:

Bei den hohen Preisen für alle Bedarfsartikel im Haushalt hat in diesem Jahre der Preis für die Kartoffeln eine noch größere Bedeutung wie im Vorjahre. Wir sind zwar nach dem übereinstimmenden Urteil aus landwirtschaftlichen Kreisen in der glücklichen Lage, eine sehr günstige Ernte berechnen zu können, die uns die Verförgung mit genügenden Kartoffeln in Mengen nicht erschwert. Allerdings können wir nicht überbliden, welche hohen Ansprüche die Landwirtschaft heute an den Kartoffelbedarf für Futterzwecke stellt, denn in diesem Jahre sieht es mit den Futtermitteln noch ungünstiger aus als im Vorjahre.

Der Kriegsausschuß für Konjumenteninteressen hat schon vor längerer Zeit wieder die Forderung erhoben, Höchstpreise festzusetzen. Er verlangte einen Höchstpreis von 2,50 Mk. für den Produzenten pro Zentner und hat diesen Preis damit begründet, daß nach seiner Information der reine Produzentenpreis 1,25 Mk. beträgt. Hierzu wäre der Betriebsgewinn und eine Erhöhung der Produktionskosten in Ansatz zu bringen, so daß ein Preis von 2,50 Mk. als reichlicher Aufschlag erscheint. Zu diesem Preise sind heute keine Kartoffeln zu haben; aber ein höherer Anspruch würde nur eine Ausnutzung der Notlage bedeuten, in der sich ein großer Teil der Bevölkerung befindet. Bei einer Preislage von 2,50 Mk. für den Produzenten muß man mit einem Aufschlag von 70 Pf. für den Großhandel rechnen. Dieser Großhandel vollzieht sich, soweit der Bedarf für die Großstadt in Frage kommt, in der Regel folgendermaßen: Durch einen Kommissionär werden die Abschlüsse mit den Landwirten gemacht, und dieser Kommissionär vermittelt dann seine Ware an den Großhändler der Stadt. Man kann in der Regel dafür folgende Spenen pro Zentner aufstellen:

Table with 2 columns: Item and Price. Items include Provision for the commissioner (10 Pf), Freight to the city (25 Pf), Packaging, loading and unloading (5 Pf), Commission (5 Pf), Freight to the retailer (15 Pf), Profit (10 Pf). Total sum 70 Pf.

In Summa 70 Pf.

An diesen Beträgen wird man billigerweise nichts ändern können, im Gegenteil, sie werden in einigen Fällen eine Erhöhung erfahren müssen, weil unvorhergesehener Verlust und Störungen im Transport eintreten können. Für den Kleinhandel kann man 60 Pf. Aufschlag berechnen, so daß man zu einem Gesamtpreis von 3,80 Mk. im Minimum kommt. Das wäre ein Preis, der bei den dürftigen Einkommensverhältnissen — besonders unserer Kriegerefrauen — nach reichlich hoch wäre.

Bedauerlich ist aber, daß die hohe Preislage für Kartoffeln stark beeinflusst wird durch die Stärkefabriken, die Kartoffeln zu hohen Preisen kaufen. Die Regierung hat für Kartoffelstärke und Kartoffelmehl Höchstpreise festgesetzt, die außerordentlich hoch sind. Wir haben gegenwärtig durch Bundesratsverordnung einen Höchstpreis für Kartoffelmehl für den Doppelzentner von 48,30—50,80 Mk. Das Ungeheuerliche dieser Preislage wird uns klar, wenn wir berücksichtigen, daß von der Kriegsgüterbeihilfe Getreidemehl mit 36,75 Mk. für August geliefert wurde. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß vom 1. November ab der Preis für Kartoffelmehl auf 41,30—42,80 Mk. herabgesetzt wird. Aber auch das ist noch ein Preis, der sich im Hinblick auf die Preise von Kartoffeln nicht rechtfertigen läßt.

Ein dauernd festgesetzter mäßiger Höchstpreis wird die Spekulation und Unsiherheit des Marktes aufheben, den Konjumenten wenigstens dieses Nahrungsmittel sicherstellen und den Landwirten keinen Schaden zufügen, wenn ein Höchstpreis gewährt wird, der reichlich die Produktionskosten deckt. Vor allem muß diese Preisfestsetzung aber eine einheitliche für das ganze Reich sein. Die Preisfestsetzungen der einzelnen Gemeinden können uns nicht helfen, weil sie nur eine Unordnung in der ganzen Marktlage herbeiführen. Wollen wir also ein unserer wichtigsten Nahrungsmittel für die Bevölkerung für die menschliche Ernährung zu mäßigen Preisen sicherstellen, so müssen wir Höchstpreise zur Sicherheit gegen Spekulation und Heberverteilung der Konjumenten verlangen.

Aus unserem Beruf.

Ein Kollege zum Stadtrat gewählt. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, wählten die Stadtverordneten von Breslau den „Volkswacht“-Redakteur Stadterordneten Neutrich, dessen beide Söhne als Kriegsfreiwillige leider gefallen sind, einstimmig, bei sieben weihen Stimmzetteln, zum ersten sozialistischen unbedenkten Stadtrat von Breslau. Kollege Emil Neutrich ist ein Veteran unseres Verbandes und gehört ihm mindestens schon seit dem 1. Mai 1893, also seit der Umwandlung in den jetzigen Zentralverband, an. Höchst wahrscheinlich war Kollege Neutrich aber schon vorher organisiert. Früher nahm Kollege Neutrich rege an unserem Verbandesleben teil — auf dem Verbandstag in Halle 1897 war er als Delegierter und fungierte dort als Schriftführer — seine ausgedehnte politische Tätigkeit ließ ihn in späteren Jahren leider nicht genügend Zeit, um das weiter zu tun, doch stellte er sich gern zur Verfügung, wenn der Wunsch an ihn gerichtet wurde. In der Annahme, daß die Regierung seine Wahl zum Stadtrat bestätigen wird, bringen wir dem Kollegen Neutrich unsere besten Glückwünsche zu seinem neuen Amte dar und hoffen auf ein regenreiches Wirken in demselben.

Preiserhöhungen im österreichischen Buchbinder-gewerbe. Der Verein der österreichischen Papierindustriellen in Wien, Gruppe der Buchbinderwaren-erzeuger, gibt folgendes bekannt: „Nur zögernd und im allerbedeutensten Ausmaße haben wir bisher die stets fortdauernde Verteuerung aller Materialien bei den Preisen der fertigen Ware auszugleichen versucht. In der letzten Zeit sind aber neuerliche Erhöhungen der Rohstoffpreise in einem Umfange vorgenommen worden, daß sie uns zwingen, für unsere Erzeugnisse neue Preise anzustellen. Mit der letzten außerordentlichen Papiervertenerung ist eine übermäßige Preiserhöhung der Uterien von uns verarbeiteten Rohstoffe einhergegangen. Wachtuch kostet heute fast das Dreifache des früheren Preises, Kaliko und Leinwand, Dostgaze, Bänder, Leder und Kunstleder sind nur schwer und nur zu ständig steigenden Phantastiepreisen zu haben, da ein vollständiges Verschwinden der meisten dieser Rohstoffe aus dem Markt zu befürchten ist.“

Außerstande, diesen Verhältnissen zu steuern, können wir schweren Verlusten nur mehr dadurch vorbeugen, daß wir vom heutigen Tage ab die seinerzeitigen Grundpreise unserer Erzeugnisse durch nachstehende Aufschläge erhöhen:

Table with 2 columns: Item and Percentage. Items include all bookbinding materials (80%), all other bookbinding materials (Retail and business books, writing paper, maps and similar) (50%).

Wir bitten unsere geehrten Abnehmer, den neuen Preisen sofort auch im Detailverkauf Rechnung zu tragen.“

Frankreich. Wenn alles haßt, kann Karl allein nicht lieben — möchte man in Umkehrung eines Dichterwortes sagen, wenn nimmehr auch die französischen Lithographen und Steindruckere die Verlegung des Internationalen Sekretariats ihres Berufs von Berlin nach einem neutralen Staate bis zum nächsten Kongreß verlangen. Das Internationale Sekretariat verweist jedoch in seinem Bulletin auf sein Statut, das da besagt: „Land und Ort, wo das Sekretariat seinen Sitz haben soll, werden vom Kongreß bestimmt.“ Es lehnt daher eine Urabstimmung über die Verlegung des Sekretariats als dem Statut widersprechend ab und fordert die angeschlossenen Landesorganisationen zur Rücküberlegung auf.

Schweiz. Das Internationale Buchbinder-Sekretariat ist eine Schöpfung der ihm angeschlossenen Buchbinderverbände und untersteht deren Kritik. Selbstverständlich hat auch der Schweizerische Buchbinderverband das Recht, diese Kritik zu üben; was man aber mit Fug und Recht verlangen kann, ist, daß sich jede Kritik auf Tatsachen aufbaut und nicht mit allen möglichen, durch nichts begründeten Unterstellungen und offenkundigen Unterschlagungen arbeitet. In welcher Weise aber der „Buchbinder“, das schweizerische Verbandsorgan, Kritik übt, soll an ein paar Beispielen gezeigt werden. Der Vorstand des deutschen Verbandes sandte auf einen der sattsam bekannten Angriffe des „Buchbinders“ gegen den Internationalen Sekretär Kloth am 11. September eine Berichtigung ein, von der erste Teil am 18. September im „Buchbinder“ erschien, da „aus Platzmangel“ die ganze Berichtigung nicht abgedruckt werden könne, doch sollte die Fortsetzung in nächster Nummer erscheinen, wie der „Buchbinder“ vermerkte. In nächster Nummer erschien nicht eine Silbe von der Berichtigung, wir wissen nicht aus welchem Grunde. Doch das wissen wir, daß eine solche Art, Berichtigungen zu bringen, einzig dasteht. Erklärlich ist es ja, daß die Berichtigung der Redaktion und ihrem „tapieren“ anonymen Mitarbeiter unangenehm war, weil letzterer als Muster von Wahrheitsliebe gerade nicht in bengalische Beleuchtung gerückt wurde und auch die Redaktion wohl nicht das Gefühl hatte, daß sie bestrebt gewesen war, den Lesern des „Buchbinders“ ein Urteil auf Grund von Tatsachen zu ermöglichen. Unser Vorstand schrieb nämlich über den „e-“ zeichnenden Anonymus durch den Kollegen Harder:

„In Nummer 18 des „Buchbinder“ vom 4. September dieses Jahres erschien unter „Internationales“ ein Eingesandt, dessen Verfasser sich bezeichnenderweise nicht nennt, das eine ganze Reihe von Angriffen gegen unsern Kollegen Kloth enthält, durch die wir zum Teil mit betroffen werden.“

Der Verfasser des Eingesandts bestreitet die Richtigkeit der Ansicht des Kollegen Kloth, wonach der Schweizerische Verband sich bemüht, dem Deutschen Buchbinderverbände das „Internationale Buchbinder-Sekretariat“ zu entwinden. Merkwürdigerweise läßt er aber gerade jenen Satz aus dem bezüglichen Rundschreiben des Schweizerischen Verbandsvorstandes von Anfang August dieses Jahres weg, der die Auffassung Kloths auch nach unserer Ansicht als durchaus gerechtfertigt erscheinen läßt. Dieser Satz lautet nämlich:

„Wir glauben auch, wenn die Liquidation der Korrespondenz sowie sämtlicher Fragen, welche im internationalen Zusammenhang in unserm Gewerbe auftreten, einem Verbands übertragen werden in einem neutralen Staate, daß dadurch die vor dem Kriege bestandenen freundschaftlichen Beziehungen besser wieder in Fluß gebracht werden können, und daß damit schon vorgekommene Differenzen oder doch weitere Schwierigkeiten besser können applaniert werden.“

Warum läßt der Einsender diesen Absatz fehlen, da ihm doch durch die Einsichtnahme in die Korrespondenz bekannt sein muß, daß der Vorstand des Deutschen Verbandes, gez. W. Harder, also nicht Kollege Kloth, hierzu in seinem Antwortschreiben an den Schweizerischen Verbandsvorstand vom 11. August dieses Jahres schrieb:

„Das ist nun doch tatsächlich nichts anderes, als mit dünnen Worten gesagt, daß Sie dem deutschen Verbands das I. B. S. abnehmen und die gesamte dem I. B. S. zustehende Tätigkeit einem anderen Verbands übertragen wissen wollen.“

Mit denselben guten Gründen konnte unser Vorstand die Dichtung des Anonymus zurückweisen, wonach Kloth seine Stellung als Internationaler Sekretär benutzt habe, um den englischen Kollegen Arbeiten wegzunehmen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Denn vor dem Kriege wurden große Posten deutscher Bücher in England gebunden — eine große deutsche Verlagsanstalt ließ beispielsweise nach ihren eigenen Angaben innerhalb zweier Monate 400 000 deutsche Romane in Ganzleinwand in England binden — weil in England viele Gehilfenarbeiten von unorganisierten Arbeiterinnen zu Schindlöhnen hergestellt werden, da sich der alte englische Buchbinderverband niemals um die Organisation der Arbeiterinnen gekümmert hat und keine Arbeiterinnen in seine Reihen aufnimmt. Unser Vorstand schrieb daher in seiner Berichtigung:

„Wir hielten uns nach alle diesem für verpflichtet, den schweizerischen Kollegen die Wahrheit zu übermitteln und Kloth gegen die oben erwähnten, von dem Anonymus erhobenen Verdächtigungen in Schutz zu nehmen, zumal Kloth Angestellter des Deutschen Buchbinderverbandes ist und als solcher dessen Interessen wahrzunehmen hat und wahrnehmen mußte. Wohl kein einsichtiger Mensch wird erwarten, daß Kloth durch sein Ehrenamt als Internationaler Sekretär nicht mehr die Interessen seiner deutschen Kollegen wahrnehmen dürfte, und so, wie dies geschehen ist, stellt es durchaus im Einklang mit dem, was die letzten beiden Internationalen Buchbinderkonferenzen in bezug auf die Abgrenzung der Frauenarbeit beschlossen haben.“

Es lohnt sich wirklich nicht, auf die sonstigen Angriffe des tapferen e- einzugehen. Die Redaktion des „Buchbinders“ suchte sich zwar am Schlusse seines Eingesandts zu salvieren, indem sie schrieb:

„Anmerkung der Red. Wir haben vorstehenden Zeilen Raum gewährt, nicht weil wir mit jedem darin enthaltenen Gedanken ohne weiteres einverstanden sind, sondern um zu zeigen, wie man in unseren Kollegenkreisen im allgemeinen in der ganzen Angelegenheit denkt.“

Alein sie kann damit nicht entschuldigen, daß sie dem e- erlaubte, den schweizerischen Kollegen die ihr bekannte Unwahrheit zu erzählen, „daß weder der Verbandstagsbeschuß noch die mit dem Internationalen Sekretariat gepflogene Korrespondenz (wurde mir freundlichst zur Einsicht vorgelegt) irgendwelches Wort enthält, in welchem gesagt wird, daß dem deutschen Verband das Internationale Sekretariat entrissen werden soll.“

Mit solchen Methoden erbringt man fürwahr nicht den Befähigungsnachweis für die Anknüpfung internationaler Verbindungen. So scheinen auch die ausländischen Bruderorganisationen zu denken, wenigstens läßt eine Notiz im „Buchbinder“ vom 18. September darauf schließen, in der es unter „Bericht über die Verhandlungen im Zentralvorstand“ aus der Sitzung vom 16. August kurz heißt: „Entgegennahme von Antwortschreiben von verschiedenen ausländischen Bruderverbänden.“ Was diese Antwortschreiben enthalten, darüber wird nichts weiter gesagt; man kann ahnen, warum. Von zwei Verbandsvorständen wissen wir bestimmt, daß sie nichts von der schweizerischen Doktor-Eisenbarkuren zur Rettung der internationalen Verbindungen wissen wollen.

Auf eine Anfrage unseres Verbandsvorstandes vom 8. Oktober, weshalb der Schluß der Berichtigung nicht gebracht worden sei, war bis zum 19. Oktober noch keine Antwort von der Redaktion des „Buchbinders“ eingegangen. Auch die letzte Nummer des „Buchbinder“ vom 17. Oktober war uns bis dahin noch nicht zugegangen.

Rundschau.

Wochenchau. Nach wie vor nimmt der Balkan-Kriegsschauplatz das höchste Interesse in Anspruch. Belgard ist von den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen genommen und diese drängen, trotz tapferer Gegenwehr der Serben, unaufhaltsam nach Süden vor. Bulgarien hat mit in den Krieg eingegriffen und ist in Serbien eingedrungen. Wahrscheinlich werden sich in nicht allzu langer Zeit die Truppen der Zentralmächte und Bulgariens die Hand reichen. Damit ist der Weg nach Konstantinopel offen, wenn nicht der Bierverband mit großen Kräften von Saloniki aus mit eingreifen sollte. Das ist aber ziemlich unwahrscheinlich, denn es ist keine Aufgabe, auf der einen Balkanlinie, die von dort durch griechisches Gebiet nach Serbien führt, große Truppenmassen den Serben zu Hilfe zu senden.

Benignität würde längere Zeit damit vergehen, und bis dahin dürfte die Widerstandskraft der Serben wenig nicht gebrochen, so doch sehr beschränkt sein. Man kann das Schicksal des Serbenvolkes bedauern, daß, von seinen Politikern irreführt und von Ausland ausgehrt, einem trüben Schicksal entgegengeht, in dem für den Traum eines großserbischen Reiches kein Raum mehr sein wird.

Mit der der englischen Politik eigenen Unverfrorenheit wird die griechische Neutralität weiter verlegt und dies Verfahren von Grey im englischen Parlament zu beschönigen versucht. Frankreich, als der zweite der „Beschützer der kleinen Staaten“, nimmt an dieser unerbittlichen Neutralitätsverletzung teil, obgleich der schlimmste Deutschfeind, der jetzt getürzte Minister Delcassé, sich dagegen ausgesprochen hat, weil er jedenfalls der richtigen Ansicht war, daß England allein dort auf dem Balkan seine Interessen — den Weg nach Ägypten und nach seinen asiatischen Kolonien — verteidigen mag. Delcassé nahm seinen Abschied, weil er wohl das vollständige Mißsoll seiner deutschfeindlichen Politik und die Niederlage des Bierverbandes voraussieht. Die „Ministerkrankheit“ hat übrigens noch andere ergrieffen: Grey ist augenkrank, Sonnino hat Kopfweh und Salandra den Schnupfen; auch Sazonow's Gesundheit soll nicht mehr die beste sein. Ein Wunder ist es wahrhaftig nicht, wenn die Serren nach all den Misserfolgen ihrer Politik den Schnupfen und andere Krankheiten bekommen. Woher soll ihnen noch Heil erblühen, wenn selbst die große Zofreische Liffensive, an der 81 französisch-englische Divisionen, also drei Viertel der französischen Armee und 2000 schwere und 3000 Feldgeschütze beteiligt waren, nicht zu dem beabsichtigten Erfolge, dem Durchbruch der deutschen Front im Westen, geführt hat? „Alle Vorbereitungen für einen sicheren Erfolg sind gegeben“ — schrieb Joffre in einem beglücklichen Armeebefehl vor der Offensive, aber das Gewollte wurde trotzdem nicht erreicht.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz sind größere Veränderungen nicht eingetreten und die Dardanellenaktion kann wohl als endgültig gescheitert angesehen werden. Rußland ist mehrfach an Rumänien mit dem Anjinnen herangetreten, durch sein Gebiet marschieren zu dürfen, um Bulgarien und die Türkei anzugreifen zu können, doch Rumänien will nicht sein Schicksal mit den Unterliegenden verknüpfen und lehnt ein solches Verlangen ab.

Die Ermordung deutscher U-Bootleute ist ein weiterer dunkler Fleck auf der an sich nicht besonders sauberen englischen Kriegsschlagzeile. Die „Neutralität“ der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird beleuchtet durch die Behandlung des österreichisch-ungarischen Gesandten Dumba, dem man, allem Völkerrecht zum Trotz, den schriftlichen Verkehr mit seiner Regierung unmöglich machte. Fast schien es so, als ob die amerikanische Regierung auch dem deutschen Botschafter gegenüber so verführe.

Steht es so auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen günstig für die Zentralmächte und ihre Verbündeten, so muß leider auf die unerhörten Preissteigerungen auf dem deutschen Lebensmittelmarkt hingewiesen werden, die die Generalkommission und den Parteivorstand zu einer Eingabe an die Regierung zur Beseitigung dieses Mißstandes bestimmt haben. Es wird die höchste Zeit, Abhilfe zu schaffen und den Bucherern das Handwerk zu legen!

Sie bleiben die Alten, die Geister in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“. Im ersten Gluthauch des tobenden Weltkrieges kam der „Arbeitgeber-Zeitung“ auch eine Anwendung von Erkenntnis des hohen Wertes der Gewerkschaften. Aber nicht lange hat ihre verdorrte Seele neue Lebenslust eingejogen. Was ihre Redaktion nicht schon gegen die Arbeiterbewegung und sozialreformistische Notwendigkeiten sagt, das bezogen „geschädigte“ Mitarbeiter, die in Einfendungen beweisen, daß sie nichts gelernt und alles vergessen haben. Eine solche „geschädigte Seite“ offenbarte ihr Verständnis über paritätische Arbeitsnachweise und Gewerkschaftsführer in folgender, recht bezeichnender Weise bei Besprechung eines Buches von Franz Küchler über: „Wirtschaftliche Friedensrüstungen im Kriege“:

„Bezüglich der Reichserischen Darlegungen über Arbeitsnachweise sei bemerkt, daß die Herrschaft paritätischer Arbeitsnachweise für unsere ganze deutsche Volkswirtschaft ein unendlicher Krebschaden sein und lediglich den Zwecken der Sozialdemokratie dienen würde. Die Gründung paritätischer Arbeitsnachweise hat für die Interessen von Handel, Industrie und Gewerbe gar keinen Wert, sondern wird aus Gründen der Nachfrage ebenso wie die Einführung von Lohnstarifen lediglich von der Sozialdemokratie angestrebt. Diejenigen, die sich dazu hergeben oder von Staats wegen dazu gezwungen würden, durch Vermittlung solcher paritätischer Arbeitsnachweise Leute für ihre Betriebe zu engagieren, tragen somit zum Großziehen der Sozialdemokratie unterföndlich bei.“

Und nachdem die „geschädigte Seite“ einen Schmus auf die einheitlichen, vielfach mit schwarzen Lippen arbeitenden Unternehmernachweise gefangen, fährt sie fort:

„Bei allen paritätischen Arbeitsnachweisen erhalten stets die Sozialdemokraten den größten Einfluß. Die ganze Einrichtung gestaltet sich erfahrungsgemäß zum Nachteil der Arbeitgeber und letzten Endes des Staates. Stets hat auch die Arbeitgeberchaft in richtiger Erkenntnis der großen Gefahren, die die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise involviert, in energischer Weise dagegen Protest erhoben. Es ist aber ebenso Pflicht des Staates, nicht einseitig durch eine Bevorzugung der in unserer im Zeichen des sozialen Ausgleichs und der Parität stehenden Zeit mit weiten Streifen der Regierungen, der Kommunen und der Wissenschaft so häufig jutage treuenden blaffen Theorie, Kathederweisheit und Sozialbiologie schwere Schädigungen deutscher Unternehmungen in Handel und Industrie, Gewerbe und Handwerk heraufzubeschwören, sondern auf die Erfahrung der inmitten des Erwerbsebens stehenden Männer der Praxis, die ihr Vermögen einsetzen und die mit ihrer Unternehmungs-, Arbeits- und Geisteskraft die tatsächlichen Förderer der deutschen Volkswirtschaft sind, das weitaus größere Gewicht zu legen. Die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise blieb bisher überall ohne praktischen Erfolg, wo Handel, Industrie und Gewerbe ihre Mitwirkung verweigerten, denn die Arbeitgeber können ihre Arbeitskräfte nur da beschaffen, wo sie dieselben in für sie geeigneter Weise und Qualität finden.“

Mit Entschiedenheit aber muß es die Arbeitgeberchaft abweisen, in allen diesen Fragen je mit Gewerkschaftsvertretern, denn das sind ganz im Gegensatz zu den Arbeitern die eigentlichen Repräsentanten der Sozialdemokratie, und sie leben meist nur von der Agitation und dem Gelde, das sie den Arbeitern aus den Taschen ziehen, gemeinschaftlich zu tagen, selbst wenn manche Regierungsbehörden die Hinzuziehung solcher Leute aus Mitleidnis des Willens und der vielen Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe einleiten sollten ...“

Und so was nennt sich burg- und wirtschaftsfriedlich!

Die bayerische Regierung und die Arbeiterverbände. Bei der Eröffnung der Tagung des bayerischen Landtages hat der Ministerpräsident Graf von Hertling den Arbeiterorganisationen hohes Lob ausgesprochen und soll „das patriotische Verhalten der Arbeiterverbände auch bei der bayerischen Regierung unvergessen bleiben“. Nur schade, daß diesen schönen Worten nicht die Tat gefolgt ist, denn noch immer besteht in Bayern der bekannte Revers, wonach sich die Arbeiter im Eisenbahndienst verpflichten müssen, dem Süddeutschen Eisenbahnerverbande nicht anzugehören. Die Sozialdemokraten haben im Landtage den Antrag eingebracht, den Revers aufzuheben, die Liberalen unterstützen dies durchaus berechtigter Verlangen, nur das ausschlaggebende Zentrum mit seinen christlichen Arbeiterskretären tut nichts, um die aus seinen Reihen hervorgegangene Regierung zum Nachgeben zu zwingen.

Frankreichs düstere Zukunft. Mit Frankreichs Ausichten nach dem Kriege beschäftigt sich die „Bataille Syndicaliste“. Sie find, wie das Blatt sagt, trostlos. Von der Landbevölkerung stehen fast alle Männer zwischen 20 und 40 Jahren an der Front. Einünftel sei jetzt schon tot oder völlig arbeitsunfähig. Ganze Familien seien ausgezerrt. Man müsse damit rechnen, daß ein Viertel, ja ein Drittel des Landes nach dem Kriege unangebaut bleiben werde. Auf der anderen Seite sei es aber ausgeschlossen, diesen Ausfall durch eine Steigerung der industriellen Ausfuhr auszugleichen. Es sei lächerlich, davon zu reden, daß Frankreich Deutschlands Märkte erobern solle. Wenn Deutschland verdrängt werde, so werden sich Amerika und England an seine Stelle setzen, niemals Frankreich.

Die letzten Barrikadenkämpfe in Berlin fanden, wie Anagnini in der „Hilfe“ schreibt, im Juli 1871 statt, und zwar aus Anlaß einer unerträglichen Wohnungsnot, die damals herrschte und die Bevölkerung zu Barackenbauten auf dem Felde vor dem Frankfurter Tor trieb. Als die Polizei diese Baracken niederreißen ließ und in der Wundenstraße ein armer Tischler aus seiner Wohnung zwangsweise entfernt wurde, empörte sich das Volk und es kam zu regelrechten Barrikadenbauten und Straßenkämpfen, bei denen 400 Schutzleute zu Fuß und 200 zu Pferde beteiligt waren, außerdem wurden zwei Bataillone des Kaiser-Alexander-Regiments und zwei Schwadronen der Garde-Dräger mit scharfen Patronen zum Ausmarsch bereit gehalten. Nach amtlicher Feststellung wurden 102 Beamte verwundet und 150 Personen hatte sich Säbelwunden verbinden lassen.

